

Vorbemerkung: Dieser Service der NachDenkSeiten soll Ihnen einen schnellen Überblick über interessante Artikel und Sendungen verschiedener Medien verschaffen.

Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind.

Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, [dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.](#)

1. **Enttäuschendes Weihnachtsgeschäft**

Es hat nicht ganz geklappt mit dem Endspurt im Weihnachtsgeschäft. Trotz einer Belebung an den letzten beiden Adventswochenenden rechnet der Hauptverband des Deutschen Einzelhandels (HDE) für das Weihnachtsgeschäft 2007 insgesamt mit einem leicht schwächeren Umsatz als im Vorjahr.

Quelle: [Tagesspiegel](#)

***Anmerkung:** Aber die Konjunkturforschungsinstitute sagten doch voraus, dass der Konsum den Rückgang der Exporte kompensieren wird. Triebfeder der Entwicklung werde nach Überwindung des "Mehrwertsteuerschocks" der private Konsum sein.*

2. **Regierung senkt Prognose auf unter zwei Prozent**

Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU) rechnet im neuen Jahr nur noch mit einem Wachstum von knapp unter zwei Prozent. Damit orientiert er sich an den Prognosen der Wirtschaftsinstitute. Bisher ging die Bundesregierung von einem Wachstum von mindestens zwei Prozent aus.

Quelle: [Die Welt](#)

3. **Höhere Löhne schaden nicht**

Zuletzt betrug der Anteil der Löhne an den Gesamtkosten der Unternehmen lediglich rund 16,5 Prozent. Vor zehn Jahren lag dieser Anteil noch bei rund 20 Prozent. Er ist also kontinuierlich zurückgegangen. Sollten sich die Gewerkschaften in diesem Jahr mit ihren hohen Lohnforderungen weitgehend durchsetzen, wird der Anteil der Lohnkosten womöglich erstmals seit Jahren wieder leicht steigen. Schwer vorstellbar, dass die Wirtschaft das nicht verkraften kann.

Quelle: [Berliner Zeitung](#)

Siehe aber dazu:

Führende Ökonomen der Bundesrepublik wehren sich gegen die

Tarifforderungen der Gewerkschaften

Quelle: [manager-magazin](#)

Siehe dazu den heutigen Beitrag:

„Der schwarz-gelbe Präsident“.

4. Beschäftigte profitieren vom Boom

Trotz etwas schwächerer Konjunkturaussichten werden im neuen Jahr Millionen Beschäftigte vom Boom profitieren, schätzt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung. Der Aufschwung "komme bei immer mehr Menschen konkret an": Dies bedeutet reale Lohnsteigerungen.

Quelle: [manager-magazin](#)

***Anmerkung:** Besonders absurd ist die Warnung des DIW-Chefs, dass Mindestlöhne gefährlich seien, weil sie Preissteigerungen verursachen könnten. Das kann im Umkehrschluss eigentlich nur heißen, dass die Zahl der Betroffenen inzwischen so groß ist, dass ein existenzsichernder Lohn eine Übernachfrage und damit eine Inflation auslösen.*

5. Top-Manager schwärmen wieder für Standort D

Nur China liegt noch weiter vorn: Der lange gescholtene Standort Deutschland bekommt in einer Umfrage unter Managern wieder Bestnoten für seine Wettbewerbsfähigkeit - Reformen und bescheidene Lohnabschlüsse zahlen sich aus.

Quelle: [Spiegel Online](#)

***Anmerkung:** Dass China als Wirtschaftsstandort noch besser abschneidet, dass sich die Manager um Ausbeutung, Menschenrechte, Demokratie oder Umweltverschmutzung einen Teufel scheren. Hautpsache niedrige Löhne. Dass Deutschland in der Rangliste gleich nach China folgt, sollte einen vor diesem Hintergrund eher das Gruseln lehren.*

6. Die unvermeidliche harte Landung der Weltwirtschaft

Die Anhäufung realer und finanzieller Probleme - die schlimmste Immobilienkrise überhaupt, der Ölpreis bei 90 Dollar pro Barrel oder noch höher, eine massive Kreditkrise, sinkende Investitionen der Großunternehmen sowie überschuldete, von multiplen Schocks gebeutelte Verbraucher ohne Ersparnisse - machen eine Rezession

unausweichlich. Und mit der Ausweitung der US-Krise werden auch andere Ökonomien in diesen Strudel hineingezogen werden.

Um die Folgen einer Rezession in den USA und eines weltweiten Wirtschaftsabschwungs zu mildern, sollten die Fed und andere Zentralbanken die Zinssätze noch viel aggressiver senken, anstatt sich auf die Wirkung bescheidener Liquiditätsspritzen zu verlassen, die zum Scheitern verurteilt sind. Ebenso verfehlt ist die Entscheidung der Europäischen Zentralbank, die Zinsen nicht zu senken – sie macht sich vor, dass sie die Zinsen anheben könnte, wenn die angeblich „temporäre“ Kreditkrise vorüber ist. Angesichts platzender Immobilienblasen, hoher Ölpreise und einem starken Euro, der jetzt schon das Wachstum behindert, garantiert die EZB damit praktisch den starken Abschwung in der Eurozone.

Quelle: [Project Syndicate](#)

7. **Der Euro gewinnt Terrain**

Der Euro und das Pfund haben in den vergangenen Jahren gegenüber dem Dollar an Terrain gewonnen. Der Anteil der europäischen Gemeinschaftswährung an den weltweiten Devisenreserven weitete sich von rund 18% im Jahr 1999 auf derzeit etwa 26% aus. Der Anteil der britischen Währung stieg im selben Zeitraum von gut 2,5% auf nun 4,5%

Quelle: [NZZ](#)

Anmerkung: *Über diese Nachricht werden sich die Fans des harten Euro aber freuen. Und das beweist nur wie stark die europäische Wirtschaft vor allem durch Deutschland ist.*

8. **Attac: Energiekonzern-Kampagne**

Quelle: [Attac](#)

9. **Nicht mit Empathie geizen**

Beim Kindeswohl ist das soziale Umfeld gefragt – nicht der Staat

Quelle: [Tagesspiegel](#)

Anmerkung Orlando Pascheit: *Richard Schröder hat sich wohl etwas zu lange in den Gefilden der Politik aufgehalten, seine Argumentation ist in ihrer Schlichtheit eines deutschen Spitzenpolitikers würdig. Wohl kann man bei einem ehemaligen DDR-Bürger u.U. verstehen, dass alles, was des Staates ist, des Teufels ist. Aber von einem Theologen, dessen Geschäft die verstandesmäßige Durchdringung der Fundamente seines Glaubens ist, ist mehr zu erwarten. Kein Mensch hat angesichts der berichteten*

Kindesvernachlässigungen und Kindestötungen auch nur annähernd die Forderung erhoben „Kinder sofort kollektiv derselben Erziehung“ zu unterziehen. Da wird ein billiger Popanz aufgebaut, der sich dann leicht demontieren lässt. Und was ist die Lösung: „Zeit, Empathie, Engagement“ der „Verwandten und Bekannten und Nachbarn“ der Nachbarn der Kinder. Und als Kronzeuge dieser Forderung wird dann die Bundeskanzlerin mit ihrem Wort von der „Kultur des Hinsehens“ einbezogen. Also ich erwarte von einem Politiker, dass er selbst hinsieht, auf seine Polis, und handelt.

Aber natürlich ist es im wahrsten Sinn des Wortes billiger, vorausgesetzt man akzeptiert die Analyse, dass zwischen Bildung und Erziehung eine Beziehung besteht, wieder einmal an die Eigenverantwortung des Individuums zu appellieren: „Da müssen aber auch die Eltern mitziehen, statt zu sagen: Ich habe kein Abitur und meine Kinder brauchen auch keines.“ Das ist leider nicht nur die gedankenlose Übernahme des billigen individualistischen Weltbildes des Neoliberalismus, sondern ausgesprochen zynisch. Es darf Schröder nicht entgangen sein, dass 2,5 Millionen Kinder unter 15 Jahren in Deutschland in Armut leben, und dass die Bildungschancen von Kindern vor allem durch Armut beschnitten werden. Die Aussage Schröders ist vor diesem Hintergrund nicht nur zutiefst unmoralisch, sondern falsch: „In Deutschland verhungert kein Kind am Geld-, sondern zumeist am Zuwendungsmangel.“

10. **Vortrag von Prof. Schachtschneider zur EU-Verfassung auf**

Quelle: [Youtube](#)

11. **„Gerade das vermeintlich Unpolitische ist in höchstem Grade politisch“**

Interview mit dem Soziologen Bernd Hamm über die zunehmende Ideologisierung der Medien:

Um attraktiv für die Werbewirtschaft zu sein, müssten die Zeitungen eigentlich ihre Auflagen steigern? Das funktioniert aus drei Gründen nicht mehr: Erstens ist der Konzentrationsprozess in den Medien rasch fortgeschritten, sowohl international als auch in Deutschland. Es sind nur noch wenige Konzerne, die die Medienlandschaft beherrschen. Zweitens neigen die Eigentümer - von Springer über Bertelsmann, Bauer, Burda oder Holtzbrinck - alle einem politisch konservativen, irtschaftsfreundlichen, sozial und ökologisch wenig sensiblen Weltbild zu. Nehmen Sie Bertelsmann, einen Konzern, der sein Geld vor allem mit Unterhaltung macht, übrigens durch alle Mediensparten hindurch. Das sieht vordergründig nur nach Geldverdienen aus - und propagiert wird tatsächlich eine überaus konservative, christlich angehauchte Vorstellung davon, wie Gesellschaft sein sollte. Viel deutlicher wird das allerdings bei der Bertelsmann-Stiftung, die die Zwangsamérisanisierung unserer Hochschulen, den betriebswirtschaftlich - statt am Gemeinwohl -

ausgerichteten Umbau der Kommunalverwaltungen mit großem Erfolg mit betrieben hat.

Dort gibt es auch einen Fortschrittsindex für alle Länder der Erde – wobei Fortschritt verstanden wird als Ausrichtung an kapitalistischen Prinzipien und an westlichen Vorstellungen von Mehrheitsdemokratie. Das ist der Absicht nach diktatorisch und hat mit Toleranz und Empathie für andere Kulturen nichts zu tun. Das gilt aber auch für den wenig sichtbaren schwäbischen Riesen Holtzbrinck:

Der hat inzwischen (neben zahlreichen Zeitungen) alle wichtigen Taschenbuchreihen (bis auf Suhrkamp) aufgekauft und sogleich kritische Reihen – wie Rororo-Aktuell oder Fischer alternativ – eingestellt. Drittens hängen heute alle Medien entscheidend von den Werbeeinnahmen ab. Auf weite Strecken kann man sagen, dass die redaktionellen Teile dazu dienen, der Werbewirtschaft die entsprechend selektierten Publika anzuliefern. Das aber hat zur Folge, dass sich alle Medien heute durchgehend an den Einstellungen und Wünschen der kaufkräftigen Mittelschicht orientieren. Deshalb ist die Medienbotschaft insgesamt homogener und eintöniger geworden, obgleich die äußerliche Vielfalt des Medienangebots kaum noch zu überblicken ist.

Quelle: [Telepolis](#)

12. **Kritische Wissenschaft unerwünscht**

Ein Gespräch mit dem Bildungsjournalisten Karl-Heinz Heinemann:

Je unternehmerischer die Hochschule geführt wird, desto preisgünstiger muss sie arbeiten. Das geht nach dem Motto: Wenig Einsatz, viel Output.

Betriebswirtschaftslehre ist unter diesem Gesichtspunkt natürlich attraktiver als Altamerikanistik. Auf der einen Seite wird immer mehr Freiheit für die Hochschulen angekündigt, auf der anderen Seite gab es selten so viele Reglements auf allen Ebenen. Das erzeugt permanent seltsame Paradoxien. Die relative Mehrheit der Hochschulräte wird von Unternehmensvertretern gestellt, die Vorsitzenden sind in aller Regel Unternehmensvertreter, und Gewerkschafter sind hier mit einem Prozent vertreten.

Es käme jetzt darauf an, der Wissenschaft wieder eine größere kritische Distanz zu verschaffen – gegenüber der Politik, aber vor allem auch gegenüber der Wirtschaft, die das Leitbild der unternehmerischen Hochschule flächendeckend durchsetzen will.

Quelle: [Telepolis](#)